

Heiduk, Felix; Moeller, Kay

Research Report

Der Bombenanschlag von Jakarta: Die Rückkehr der Jemaah Islamiyah?

SWP-Aktuell, No. 44/2004

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Heiduk, Felix; Moeller, Kay (2004) : Der Bombenanschlag von Jakarta: Die Rückkehr der Jemaah Islamiyah?, SWP-Aktuell, No. 44/2004, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254510>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Bombenanschlag von Jakarta

Die Rückkehr der Jemaah Islamiyah?

Felix Heiduk / Kay Möller

Das Bombenattentat auf die australische Botschaft in Jakarta vom 9. September 2004 signalisiert eine Renaissance des südostasiatischen Terrornetzwerks Jemaah Islamiyah, das 2003 im Kampf mit den indonesischen Sicherheitskräften Rückschläge erlitten hatte und von manchen schon für tot gehalten worden war. Mit dem Timing der Aktion kurz vor den indonesischen Präsidentschafts- und den australischen Parlamentswahlen scheint ähnlich wie schon im März 2004 bei den Terroranschlägen in Madrid die Absicht verbunden, Einfluß auf demokratische Entscheidungsprozesse zu nehmen. In Indonesien wie auch in der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Asean) bestehen über diesen Fall hinausreichende grundsätzliche Ermittlungs- und Kooperationsdefizite, die die regionale Zusammenarbeit schwächen und Südostasien zum Streitobjekt benachbarter Großmächte zu machen drohen.

Am Morgen des 9. September 2004 explodierte vor der australischen Botschaft in Jakarta eine Autobombe. Neun Indonesier kamen dabei ums Leben, 182 wurden verletzt. Die Botschaft blieb mit Ausnahme des Außenzauns unbeschädigt. Am 10. September übernahm das mit al-Qaida kooperierende südostasiatische Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah (»Islamische Gruppe«, JI) auf einer Internetseite die Verantwortung für das (Selbstmord-) Attentat. Die JI forderte alle Australier dazu auf, Indonesien zu verlassen. Der Regierung in Canberra wurde für den Fall einer Aufrechterhaltung der (derzeit noch 850 Soldaten starken) Truppenpräsenz im Irak mit weiteren Anschlägen gedroht. Abschließend kündigte die JI an, ihren »heiligen Krieg bis zur Be-

freiung des Landes der Moslems« fortzusetzen.

Dieser erste Bombenanschlag in Indonesien seit mehr als einem Jahr war ein Schock für all jene, die nach der Verhaftung von über 200 JI-Mitgliedern – darunter dem Führungskader Riduan Isamuddin (Hambali) im August 2003 in Thailand – an ein Auseinanderfallen der Organisation geglaubt hatten. Amerikanische und australische Dienste hatten zwar vor neuen Anschlägen in Indonesien gewarnt, dabei aber vor allem Hotels als Ziele vermutet. Der bei dem Anschlag verwendete Sprengstoff war mit dem Material identisch, das im Oktober 2002 bei der Explosion vor einer Diskothek in Bali und bei einer weiteren im August 2003 vor dem Marriott-Hotel in Jakarta ver-

wendet worden war, die 202 bzw. 12 Todesopfer gefordert hatten. Die indonesischen und australischen Nachrichtendienste gehen davon aus, daß der damals beteiligte malaysische JI-»Sprengmeister« Azahari Husin und ein weiterer Malaysier auch im aktuellen Fall verantwortlich zeichnen. Für die USA gilt Südostasien seit Januar 2002 als »zweite Front« im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Dort ereigneten sich 2003 37 Prozent aller größten, weltweit verübten terroristischen Anschläge, und dort sollen sich laut eines für den US-Kongreß erstellten Congressional Research Service Reports vom 18. November 2003 ca. 15 Prozent der al-Qaida-Mitglieder aufhalten.

Was ist die Jemaah Islamiyah?

Im Unterschied zu lokalen Terrororganisationen in einzelnen südostasiatischen Staaten ist die JI ein regionales Netzwerk mit ca. 3000 Mitgliedern, das sich eher an Ideologien als an konkreten (zumeist sozialen) Interessen orientiert. Die Organisation strebt die Gründung eines sogenannten »Kalifatsstaats« an, bestehend aus Malaysia, Indonesien, den südlichen Philippinen sowie möglicherweise Brunei, Singapur und dem südlichen Thailand. Sämtliche Mitglieder der operativen Führungsebene wurden Ende der achtziger bzw. Anfang der neunziger Jahre mit finanzieller Unterstützung aus Saudi-Arabien in Afghanistan ausgebildet. In dieser Zeit wurden auch Kontakte zu al-Qaida geknüpft, die seither für eine logistische und gelegentlich operative Zusammenarbeit genutzt wurden, wobei die JI stets darauf bedacht war, ihre Unabhängigkeit in strategischen Fragen zu wahren.

Trotz der strategischen Autonomie der JI bleibt Südostasien auch für das Terrornetzwerk al-Qaida ein wichtiger Brückenkopf. Al-Qaida ist dabei weniger an den regionalen Rekrutierungs- oder Operationsmöglichkeiten interessiert. Statt dessen dominieren vor allem kriminell-ökonomische Interessen. Südostasien als Zentrum

jeglicher Art von transnationaler Kriminalität bietet al-Qaida mit seiner umfassenden kriminellen Infrastruktur nach wie vor Möglichkeiten zur Finanzierung weiterer Aktivitäten. Lange Zeit war die Region nur ein Rückzugsgebiet der al-Qaida, das keine größere operative Bedeutung für den islamistischen Terrorismus hatte. Die in den neunziger Jahren durch finanzielle Unterstützung unter anderem aus Saudi-Arabien erfolgte islamistische Ideologisierung vieler als gemäßigt geltender Moslems in Südostasien hat die Region mittlerweile ins Zentrum des internationalen Terrorismus gerückt.

Als »spiritueller Führer« des Netzwerks gilt der indonesische Islamgelehrte Abu Bakar Ba'asyir, gegen den in Jakarta derzeit eine Anklage wegen Förderung terroristischer Aktivitäten vorbereitet wird. Ba'asyir, der sich derzeit in Haft befindet, gehört zu der kleinen Anzahl indonesischer Kleriker, die an ihren Koranschulen den »heiligen Krieg« propagieren. Einer Quelle zufolge sollte er mit dem Anschlag vom 9. September freigepreßt werden

Im Zuge der globalen Entwicklungen setzte auch in Südostasien seit Beginn der neunziger Jahre eine Transnationalisierung des Terrorismus ein. Bislang eher sporadische Kontakte zwischen radikalen Kräften wurden über die Grenzen der Region hinaus intensiviert. Die Rekrutierung wie auch die ideologische wie praktische Ausbildung vieler JI-Mitglieder erfolgte seit Mitte der neunziger Jahre verstärkt in Ägypten, dem Jemen und Pakistan. Die Festnahme von 13 JI-Mitglieder in Karachi (Pakistan) im Dezember 2003 deutet darauf hin, daß sich das Terrornetzwerk um »sicherere« Rekrutierungs- und Ausbildungsplätze bemüht. Zwischen 1996 und 2000 betrieb die JI in den südlichen Philippinen in Zusammenarbeit mit der dortigen Moro Islamic Liberation Front (MILF) ein Ausbildungslager, in dem auch Mitglieder indonesischer Terrororganisationen trainiert wurden, die vornehmlich in Südsulawesi und Westjava aktiv waren. Nach den polizeilichen Erfolgen des Jahres 2003 zog sich ein Teil der

Jl-Terroristen in diese Gebiete zurück und beteiligte sich dort an der Austragung »ethnisch-religiöser« Konflikte. Der größere Teil hat sich anscheinend auf die Bekämpfung sogenannter »weicher« (z.B. touristischer) Ziele vorbereitet.

Der 9. September hat deutlich gemacht, daß sich die Organisation nicht gespalten hat. Sie hat lediglich eine territorial gegliederte Kommandostruktur (re-)aktiviert und sich trotz aller Erfolge der Sicherheitskräfte regeneriert. Auch die in den Monaten vor dem 9. September kursierenden Spekulationen über eine Veränderung der Jl-Taktik – weg von Bombenanschlägen mit unschuldigen (muslimischen) Opfern, hin zur gezielten Ermordung von Vertretern der nationalen und internationalen politischen und ökonomischen Elite – sind durch den Bombenanschlag auf die australische Botschaft nachhaltig widerlegt worden. Aufgrund der zellenartigen Organisationsstruktur der Jl sind lokale Einheiten offensichtlich relativ autonom in der Wahl ihrer Mittel und Ziele.

Die Wahl des Zeitpunkts

Fast auf den Tag genau drei Jahre nach dem 11. September 2001, etwa zwei Jahre nach dem Anschlag von Bali und ein Jahr nach der Explosion vor dem Marriott-Hotel hatte das Timing des Attentats auf die australische Botschaft hohe symbolische Aussagekraft. Darüber hinaus war der Zeitpunkt elf Tage vor den indonesischen Präsidentschaftswahlen und einen Monat vor den australischen Parlamentswahlen taktisch bedeutsam. Die Ergebnisse der in diesen Ländern neu entfachten Diskussionen über die Sicherheitsbedrohungen durch den islamistischen Terrorismus könnten ausschlaggebend für Sieg oder Niederlage bei den jeweiligen Wahlen sein. In Australien bröckelt nicht erst seit dem 9. September 2004 die Zustimmung der australischen Bevölkerung zur Beteiligung australischer Soldaten am Irak-Einsatz. Und der indonesischen Amtsinhaberin Megawati Sukarnoputri wurde in der Vergangenheit viel-

fach Unentschlossenheit bei der Bekämpfung des Terrorismus vorgeworfen – ihr Gegenkandidat Susilo Bambang Yudhoyono ist ein ehemaliger General und Sicherheitsminister, dessen vermeintliche sicherheitspolitische Qualitäten nunmehr wahlentscheidend sein könnten.

Nicht nur Australien, sondern auch mehrere Partner in der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Association of South-east Asian Nations, Asean) haben Jakartas mangelnde Bereitschaft zum Austausch von Informationen kritisiert. So war es gewissermaßen eine Ironie der Geschichte, daß hohe Militärs aus den Asean-Staaten nur zwei Tage vor dem 9. September ergebnislos in Jakarta über einen indonesischen Vorschlag zur Aufstellung einer gemeinsamen Antiterror-Einsatztruppe beraten hatten.

Das bisherige Zögern Indonesiens hat vor allem innenpolitische Ursachen: Das Thema »islamistischer Terrorismus« ist bei allen Präsidentschaftskandidaten unbeliebt, da die Bevölkerung den Kampf gegen Islamisten nicht unterstützt. Der mit der Mehrheitsmeinung korrespondierende Unwille von Teilen der Justiz, gegen mutmaßliche Terroristen vorzugehen, erschwert auf nationaler Ebene eine konsequente Strafverfolgung. Zwar wurden allein im Zusammenhang mit den Anschlägen von Bali 33 Jl-Mitglieder verurteilt. Einige Haftstrafen fielen jedoch extrem milde aus, da die nach diesem Anschlag verabschiedeten Antiterrorgesetze im August 2004 von einem Gericht für verfassungswidrig erklärt wurden und daher nicht angewendet werden dürfen. Somit wurde die mutmaßliche Beteiligung einiger inhaftierter Jl-Kader an den Anschlägen von Bali juristisch nicht weiterverfolgt. Angesichts der aktuellen Rechtslage müßten dem Kreis um Jl-Führer Ba'asyir vielmehr andere Vergehen nachgewiesen werden. Zudem verhindern Kompetenzstreitigkeiten und mangelnde Kooperation zwischen Polizei und Militär bislang umfassende Fahndungserfolge. Diese innenpolitischen Mißstände erschweren eine innerregionale Kooperation zusätzlich,

die von den Asean-Mitgliedern seit den Anschlägen von Bali angestrebt wird.

Der Versuch des indonesischen Militärs, sich als »Schlüsselakteur« im Antiterrorkampf zu profilieren, ist jedenfalls mit gravierenden Problemen behaftet: Einerseits würde ein innenpolitisches Comeback des Militärs den fragilen Demokratisierungsprozeß des Landes gefährden. Andererseits erscheint es zweifelhaft, daß ein vom Militär dominiertes Vorgehen gegen den islamistischen Terrorismus nachhaltig Erfolg haben kann. Resultat eines solchen Vorgehens dürfte wohl nicht so sehr die »Vernichtung« des islamistischen Terrors, sondern – ähnlich wie in Thailand und den Philippinen – in erster Linie Zuwachs im Rekrutenlager der Terroristen sein.

Südostasien am Wendepunkt

Die antiterroristische Kooperation innerhalb der Asean beschränkt sich bislang auf deklamatorische Akte und von dritter Seite geförderte Ausbildungsaktivitäten. Fast jedes Mitglied der Gemeinschaft ist in Territorialkonflikte mit seinen Nachbarn verwickelt und hegt historisch begründete, unterschwellige Ressentiments. Eine Vertiefung der Integration scheitert nicht zuletzt an dem allseitigen Beharren auf dem Nichteinmischungsprinzip. Als Ersatz haben sich die meisten Staaten für eine engere antiterroristische Zusammenarbeit mit den USA entschieden, die unter der Bush-Administration wieder verstärkt versuchen, in der Region an Einfluß zu gewinnen. Wenn sich Malaysia und Indonesien einmütig gegen amerikanische Vorschläge aussprechen, die strategisch bedeutsame Malakka-Straße gemeinsam vor Terroristen zu schützen, oder wenn Indonesien nunmehr einen eigenen Plan für die regionale Zusammenarbeit vorgelegt hat, dann sind dies angesichts der erwähnten nationalen und transnationalen Defizite wenig mehr als symbolische Akte.

Während die Aufstellung einer gemeinsamen Einsatztruppe hochgradig illusionär erscheint (und einige Beobachter diesen

Vorschlag den Bemühungen des indonesischen Militärs um ein politisches Comeback zuschreiben), wäre ein verbesserter innerregionaler Informationsaustausch dringend erforderlich. Sollten entsprechende Pläne scheitern, hätten die Asean-Staaten die Wahl, sich sicherheitspolitisch enger an den USA, Japan und Indien zu orientieren oder neue regionale Formate zu akzeptieren, mittels derer die Volksrepublik China die Übernahme einer Führungsrolle anstrebt. Dabei fallen die darauf gerichteten Vorschläge der Volksrepublik zunehmend selbstbewußt aus und ist deren regionales Auftreten immer weniger von Rücksichtnahme auf die Sensitivitäten der kleineren südostasiatischen Partner geprägt. So wurde Singapur nach einem Taiwanbesuch des designierten Premierministers Lee Hsien Loong Zielscheibe Pekings, das mit einer Herabstufung der Beziehungen drohte. Singapur mußte schließlich versichern, im Falle eines bewaffneten Konflikts in der Taiwan-Straße neutral zu bleiben.

Die Asean hat nach dem Ende des Kalten Krieges versucht, mit Hilfe eines Netzwerks aus Dialogforen unter Einbindung Washingtons, Pekings, Tokyos und Delhis die Rolle des »Züngleins an der Waage« zu spielen und Südostasien auf diesem Wege von jener Großmacht Konkurrenz freizuhalten, die die Region während der Indochinakriege in zwei Teile gespalten hatte. Wenn der Terrorismus von den Mitgliedstaaten nicht als größte sicherheitspolitische Herausforderung erkannt und aus dieser Erkenntnis die entsprechenden integrativen Folgerungen gezogen werden, ist dieser Traum endgültig ausgeträumt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364